

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 14. November 2016

Den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) bekämpfen, den Nahen Osten stabilisieren, Fluchtursachen verringern

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft zur Bekämpfung der Terrormiliz des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) umfassend zu unterstützen. Die zu ergreifenden Maßnahmen müssen hierbei auf zwei Ebenen erfolgen:

1. Bekämpfung des IS und mit ihm assoziierter islamistisch-salafistischer Terrorgruppen.
2. Stabilisierung der von Konflikten betroffenen Ländern und Stärkung rechtsstaatlicher und demokratischer Kräfte zur Befriedung der Region und zur Verringerung von Fluchtursachen.

Bei den zu ergreifenden Maßnahmen sollen folgende Einzelziele handlungsleitend sein:

- Den IS mit Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft zurückdrängen und zur Erreichung dieses Ziels – wie bisher auch – ggf. den Einsatz militärische Mittel mitzudenken.
- Bessere Koordinierung der Europäischen Geheimdienste.
- Fortführung und Ausbau der Unterstützung der moderaten, gegen den IS kämpfenden, kurdischen Kräfte unter Einbezug einer diplomatischen Lösung mit der Türkei, die diese Kräfte nicht weiter schwächen darf.
- Wir erwarten vom NATO Partner Türkei, dass er die Einreise von IS-Kämpfern über die Türkei nach Syrien unterbindet.
- Entwicklung eines tragfähigen Konfliktregelungskonzepts für Syrien.
- Tunesien stabilisieren und die Sicherheitspartnerschaft stärken.
- Aktive Unterstützung des politischen Prozesses in Libyen zur Formung einer Regierung der nationalen Einheit und Beteiligung an der Bekämpfung des IS in Libyen.
- Druck auf die irakische Regierung zur Umsetzung einer Inklusionspolitik ausüben.
- Finanzierungsquellen des Terrors austrocknen, insbesondere jeglichen Handel mit Produkten aus dem IS-Gebiet unterbinden, um dem IS die ökonomische Basis zu entziehen.
- Die Verteidiger von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Gesellschaften der Länder der Region und im Exil stärken und die Hilfe für Flüchtlinge in der Region intensivieren.

- An der Entwicklung einer regionalen Friedens- und Sicherheitsordnung und ihrer Umsetzung mitwirken, unter Einbezug einer Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit des Nahen Ostens (KSZNO).
- Erarbeitung einer deutschen Präventionsstrategie zur Verhinderung der Ausreise deutscher Islamisten.
- Entschlossene rechtsstaatliche Verfolgung straffällig gewordener IS-Rückkehrer und Ausweitung von Wiedereingliederungsprogrammen verurteilter Rückkehrer sowie Ausweitung spezieller Aussteigerprogramme.
- Sicherstellung der Versorgung von Flüchtlingen sowohl im Irak, als auch in den Nachbarstaaten durch ein umfassendes Hilfsprogramm. Dies muss sowohl die Versorgung in Flüchtlingslagern, als auch wo nötig in den betroffenen Gebieten durch z. B. Luftversorgung umfassen.
- Prüfung einer Entsendung von deutschen Militärberatern und Ausbildung kurdischer Ausbilder in Deutschland im Rahmen eines zeitlich eng befristeten Partnering-Programms. Die Sicherheit der Soldaten vor Ort, völkerrechtliche Legitimierung und Zustimmung des Bundestages sind Grundvoraussetzungen.